

„Vorbild ... für das kommende Reich“.

Die Deutsche Studentenschaft (DSt)

1918–1933

von

Harald Lönnecker

Koblenz 2005

**Dateiabruf unter:
www.burschenschaft.de**

„Vorbild ... für das kommende Reich“. Die Deutsche Studentenschaft (DSt) 1918–1933* **

von Harald Lönnecker

Die Studenten

Die durch ökonomische Schwierigkeiten gequälten Studenten in der Weimarer Republik unterschieden sich deutlich von denen der Vorkriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahre.¹ Nach 1918 machten sich gegenüber der Vorkriegszeit Wandlungen bemerkbar: Die lerneifrige und die verlorene Zeit rasch aufzuholen suchende Kriegsstudentengeneration verließ bis 1923 die Hochschulen. Die nachfolgende übernahm den antibürgerlichen Geist der Jugendbewegung, politisierte, radikalisierte und militarisierte ihn aber. Diese Generation kannte nicht mehr die Front, hatte wohl aber die Entbehrungen der Nachkriegszeit, die Revolution, das Versagen des Staatsapparates, Putsche, Hunger und Inflation miterlebt. Sie verließ spätestens gegen Ende der zwanziger Jahre die Hochschulen und machte der nächsten Platz, die ihr Studium angesichts von Weltwirtschafts- und Überfüllungskrise sowie bedrückender beruflicher Aussichten begann. Allen Generationen waren Enttäuschung, Skeptizismus und Zynismus eigen, aber auch ein eng mit der Hoffnung auf einen Aufbruch, auf etwas Großes und Neues verbundener Idealismus, der „neues Volksleben“ aus der „Zertrümmerung der Gegenwart“ schaffen wollte, eng verzahnt mit einer besonderen „Anfälligkeit für das Grundrauschen der völkisch-antisemitischen Publizistik der Weimarer Jahre“, wie sie sich in den Werken Arthur Moeller van den Brucks, Oswald Spenglers, Edgar Julius Jungs, Hans Grimms und Erwin Guido Kolbenheyers offenbarte.²

* Zuerst in: Friedhelm Golücke, Peter Krause, Wolfgang Gottwald, Klaus Gerstein, Harald Lönnecker (Hg.), GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Bd. 7, Köln 2004, S. 37–53.

** Dieser und der nachfolgende Aufsatz wurden angeregt durch den Nachlaß Dr. phil. Karl Krügers (1907–1997), seit 1926 Mitglied der Burschenschaft Rheinfranken Marburg/DB und 1932/33 maßgeblich in der Rostocker Studentenpolitik engagiert. Da die Besonderheiten der dortigen Situation nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung zu verstehen sind, wird deren Darstellung vorangestellt.

¹Harald Lönnecker, Von „Ghibellinia geht, Germania kommt!“ bis „Volk will zu Volk!“. Mentalitäten, Strukturen und Organisationen in der Prager deutschen Studentenschaft 1866–1914, in: Sudetendeutsches Archiv München (Hg.), Jahrbuch für sudetendeutsche Museen und Archive 1995–2001, München 2001, S. 34–77, hier S. 36 f., 39 f., 55, 59 f.

²Grimm und Kolbenheyer waren Ehrenmitglieder der Deutschen Sängerschaft, Kolbenheyer außerdem Alter Herr des Corps Symposion Wien/KSCV. Harald Lönnecker, Johannes Hohlfeld (1888–1950) – Deutscher Sänger, Genealoge und Politiker, in: Einst und Jetzt. Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung (künftig zit.: EuJ) 46 (2001), S. 185–226, hier S. 197. Ders., Deutsches Lied und Politik. Der Sänger Johannes Hohlfeld (1888–1950) – ein unbekannter Aspekt der Biographie eines bedeutenden deutschen Genealogen, in: Peter Bahl, Eckart Henning i. A. des Herold. Verein für Heraldik, Genealogie und verwandte Wissenschaften zu Berlin (Hg.), Herold-Jahrbuch, Neue Folge, Bd. 7, Neustadt a. d. Aisch 2002, S. 153–188, hier S. 172–173. Ders., „... Boden für die Idee Adolf Hitlers auf kulturellem Felde gewinnen“. Der „Kampfbund für deutsche Kultur“ und die deutsche Akademikerschaft, in: Friedhelm Golücke, Peter Krause, Wolfgang Gottwald, Klaus Gerstein, Harald Lönnecker (Hg.), GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Bd. 6, Köln 2002 [2003], S. 121–144, hier S. 127–133, 136, 142–144. Zusammenfassend demnächst: Ders., Das „Grundrauschen der völkisch-antisemitischen Publizistik“ – Zeitschriften, Bücher und die Hochschule für nationale Politik in der Weimarer Republik, in: Friedhelm Golücke, Peter Krause, Wolfgang Gottwald, Klaus Gerstein, Harald Lönnecker (Hg.), GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte.

Die Deutsche Studentenschaft (DSt)

Die politische Organisationsform der Hochschüler war die Deutsche Studentenschaft (DSt). Sie entstand im Sommer 1919 als autonome, nationale und überparteiliche Organisation aller Studenten „deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebiets“ (§ 1 DSt-Verfassung) und sollte als „Vorbild völkischer Einheit“ wirken, getragen „aus dem Frontgeist der Soldatengemeinschaft“: „

Frontsoldaten, gehärtet in dem gemeinsamen Erlebnis des Krieges, gestählt in der Not des Zusammenbruches, gründeten unter dem unmittelbaren Eindruck der Knechtschaftsverträge von Versailles und St. Germain am 17. Juli 1919 die Deutsche Studentenschaft. Als grossdeutsche Einheit der völkischen akademischen Jugend sollte sie Vorbild sein für das kommende Reich.“³ War die Einheit aller durch ihre örtlichen Studentenausschüsse vertretenen Studenten „vor dem Kriege nur von einem vagen Häuflein erstrebt worden, so wurde sie aus einem bestimmten Erleben von Krieg und Zusammenbruch elementar herausgeboren. Sie war als Idee und Institution Ausdruck eines spontanen Massenempfindens geworden, das sich unter dem Drucke des Gesamtschicksals der Nation zu einem ... neuen Gemeinschaftsgefühl emporgeläutert hatte.“⁴ Gebildet wurde die DSt von den öffentlich-rechtlich erstmals als Studentenvertretungen anerkannten Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA), den Studentenschaften der einzelnen Hochschulen in Deutschland, Österreich, Danzig und den Sudetenländern, die ihrerseits seit dem Würzburger Studententag 1922 nur Studenten aufnahmen, die „dem deutschen Volkstum angehörten“.⁵ Die Lebensfähigkeit der Ausschüsse wie der DSt sollten Zwangsmitgliedschaft und

³Bundesarchiv Koblenz (künftig zit.: BAK), Bestd. DB 9: Archiv und Bücherei der Deutschen Burschenschaft (künftig zit.: DB-Archiv), N. Nachlässe: Karl Krüger (1907–1997), Denkschrift v. November 1932, S. 1. Hellmut Volkmann, Die Deutsche Studentenschaft in ihrer Entwicklung seit 1919, Leipzig 1925. Anton Baak, Grundlagen, Entwicklung und Wesen der Organisation der Deutschen Studentenschaft, Diss. iur. Münster i. W. 1927. Wolfgang Zorn, Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1918–1931, in: Kurt Stephenson, Alexander Scharff, Wolfgang Klötzer (Hg.), Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, Bd. 5, Heidelberg 1965, S. 223–307, hier S. 248 f. Hans Peter Bleuel, Ernst Klinnert, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien, Programme, Aktionen 1918–1935, Gütersloh 1967, S. 157. Helma Brunck, Die Entwicklung der Deutschen Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Eine Analyse, Diss. phil. Mainz 1996 (gedruckt: Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, München 1999), S. 37, 181. Konrad H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800–1970, Frankfurt a. M. 1984, 2. Aufl. 1989, S. 120 f. Friedhelm Golücke, Studentenwörterbuch. Das akademische Leben von A bis Z, 4. Aufl. Graz, Wien, Köln 1987 (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, Bd. 1), S. 114–118. Rainer Pöppinghege, Absage an die Republik. Das politische Verhalten der Studentenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 1918–1935, Münster i. W. 1994 (= agenda geschichte, Bd. 4), S. 71–74. Annette Schröder, Vom Nationalismus zum Nationalsozialismus. Die Studenten der Technischen Hochschule Hannover von 1925 bis 1938, Hannover 2003 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Bd. 213), S. 36. Realsozialistisch: Gerhard Fließ, Deutsche Studentenschaft (DSt) 1918–1936, in: Dieter Fricke (Hg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen. Vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 1, Berlin (Ost) 1968, S. 592–604.

⁴Volkmann, Studentenschaft (wie Anm. 3), Vorwort. Vgl. ebd., S. 3, 14 f. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 37.

⁵Volkmann, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 16 f., 19 f. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 250, 254 f. Pöppinghege, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 71. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 35 f.

Zwangsbeitrag sowie ein allgemeines Wahlrecht der Studenten garantieren. Prinzipien waren nach der Verfassung vom Juli 1922 das Anstreben einer deutschen Volksgemeinschaft, die sich durch gemeinsame Abstammung, Sprache und Kultur definierte, die „vaterländische Arbeit“, die Unterstützung des „Auslands- und Grenzlandsdeutschtums“ im Sinne des „großdeutschen Gedankens“ und nicht zuletzt die Vertretung in Fragen des studentischen Disziplinarrechts sowie des Hochschulunterrichts und der Hochschulreform.⁶

Mit der Inkraftsetzung des neuen preußischen Studentenrechts am 18. September 1920, dem sich die meisten deutschen Landesregierungen anschlossen, wurden die Studentenschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Erhebung von Zwangsbeiträgen.⁷ Da das preußische Gesetz das Staatsangehörigkeitsprinzip „entgegen dem Grundsatz des Volksbürgertums“ zu Grunde legte, war die Konfrontation zwischen Staat und DSt programmiert und unausweichlich.⁸ Der „6. ordentliche Deutsche Studententag zu Innsbruck“ 1924 bot jedoch noch ein Bild der Eintracht und stand ganz „im Zeichen des großdeutschen Gedankens“ und antiitalienischer Demonstrationen auf Grund des „unterdrückten Südtirol[s]“.⁹

DSt-Verfassungskampf ...

Am 9. Februar 1925 änderte der Heidelberger AStA seine Satzung und ging vom „völkischen Prinzip“ zum „Staatsbürgergrundsatz“ über.¹⁰ Damit brach der „Verfassungskonflikt“ in aller Schärfe aus.¹¹ Als im Mai 1926 der preußische Landtag

⁶DSt-Verfassung v. 23. Juli 1919, angenommen auf dem 4. Deutschen Studententag am 23. Juli 1922 in Würzburg. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 251 f., 264 f. Golücke, Studentenwörterbuch (wie Anm. 3), S. 115. Harald Lönnecker, Von „Deutsch war die Stadt, deutsch ihre schönste Zeit!“ bis „Das Eisen bricht die Not!“ – Mentalitäten, Strukturen und Organisationen in der Prager deutschen Studentenschaft 1918–1933, in: Sudetendeutsches Archiv München (Hg.), Jahrbuch für sudetendeutsche Museen und Archive 2002, München 2003, S. 29–80, hier S. 46. Die „Würzburger Satzung“ der DSt bei: Volkmann, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 287–291.

⁷Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an den preußischen Hochschulen v. 18. September 1920. Nebst Ausführungsbestimmungen. Abgedruckt bei: Volkmann, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 187–192.

⁸Vgl. schon Schreiben des Staatssekretärs im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 20. Dezember 1922 über die Beschlüsse der Hochschulkonferenz in Stralsund v. 23. September 1922. Volkmann, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 307 f. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 184. Grundlegend zu dieser Thematik: Brigitte Fenz, Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft. Das Studentenrecht in Österreich 1918–1932, Diss. phil. Wien 1977. Dies., „... Deutscher Abstammung und Muttersprache“. Österreichische Hochschulpolitik in der Ersten Republik, Wien, Salzburg 1990 (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 19).

⁹BAK, Bestd. R 129: Deutsche Studentenschaft (DSt), Nr. 36, Protokolle der Studententage, Innsbruck 1924. Werner Johnson, Der Deutsche Studententag 1924 zu Innsbruck vom 30. 7. bis 3. 8., in: Burschenschaftliche Blätter (künftig zit.: BBl) 38/12 (1924), S. 142–148. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 262 f., 282 f. Vgl. Fritz Hilgenstock, Die Entwicklung der Deutschen Studentenschaft, in: BBl 37/7–8 (1923), S. 74–75.

¹⁰Theodor Adamheit, Der Kampf um die Verfassung der Heidelberger Studentenschaft, in: BBl 40/8–9 (1926), S. 228–229. Paul Frank, Deutsche Studentenschaft und Heidelberg, in: BBl 41/4 (1926), S. 125–126. Ernst Kupfer, Aufruf des Heidelberger Hochschulrings, in: BBl 41/7 (1927), S. 178. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 286 f. Norbert Giovannini, Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918–1945, Weinheim 1990, S. 120–122.

¹¹BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 221–223, Verfassungskonflikt, 1921–1933. Seinen Niederschlag fand der Verfassungskampf ab 1929 auch in: Bayerisches Staatsarchiv Würzburg, Bestd. Reichsstudentenführung, II 19: DSt-Kampf, 1929–1933. Wilhelm Popp, Der Verfassungsstreit der Deutschen Studentenschaft, in: Der Convent. Akademische Monatsschrift (künftig zit.: DC) 10 (1959), S. 271–278.

und im Dezember der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker – Alter Herr Rupertia Heidelbergs im Miltenberger Ring¹² – auf Grund einer Entscheidung des Kulturausschusses des Landtags im „Weihnachtsbrief“ vom 24. Dezember 1926 eine entsprechende Änderung von allen Studentenschaften verlangten, stießen sie auf scharfen Widerstand der DSt, insbesondere der österreichischen Studentenschaften, die sich als Deutsche empfanden und nun ausgegrenzt sahen.¹³ Die DSt betonte, immerhin dulde das Kultusministerium „den völkischen Grundsatz“ und insbesondere den Ausschluß jüdischer Studenten seit 1921 ohne nennenswerten Widerspruch. Niemand habe sich daran gestört, daß in der DSt nicht Pässe und Staatsangehörigkeit, sondern die „blutliche Abstammung von deutschen Eltern“ Voraussetzung der Mitgliedschaft sei.¹⁴ Der „wahre Gegner“ der DSt sei auch nicht der Minister, „sondern der Landtag“ und in ihm die linksorientierten und bürgerlichen Parteien des „Systemstaats“, deren Worte zwar in nationales Pathos getränkt wären, die aber angesichts nationaler Demütigung, wirtschaftlicher und sozialer Destabilisierung tatenlos geblieben seien. Am 13. Februar 1927 lehnten 24, die DSt vor allem tragende Korporationsverbände Beckers Ansinnen ab, weil sie in ihm keine „staatspolitische Notwendigkeit“, sondern nur „parteipolitische Motive“ sahen. Dabei war jedem bewußt, daß die Weimarer Republik als Rechtsstaat rassische Diskriminierung verbot und das Zusammengehen deutscher und österreichischer Studentenschaften als „Körperschaften halbstaatlichen Charakters“ auf dieser Grundlage nicht hinnehmen konnte. Immerhin gestand das Kultusministerium eine sechsmonatige Frist zu, in der die deutschen die österreichischen Studentenschaften zur Aufnahme republikanischer und jüdischer Minderheiten bewegen sollten. Das blieb ohne jeden Erfolg: „Die Deutsche Studentenschaft Österreichs hatte auf einem Kreistag Anfang Februar 1927 einmütig eine Entschließung angenommen, daß für die österreichischen

Gerhard Bergmann, Der Verfassungskampf der preußischen Studentenschaften 1927, in: DC 10 (1959), S. 278–287. Jarausch, Studenten (wie Anm. 3), S. 145 f. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 218. Pöppinghege, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 143–153. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 43–50. Holger Zinn, Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren von 1925 bis 1945, Köln 2002 (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, Bd. 11), S. 157–168.

¹²Zum Orientalisten Becker (1876–1933), 1916 Vortragender Rat, 1919 Staatssekretär im preußischen Kultusministerium, 1921 erstmals, seit Februar 1925 wieder Kultusminister, der niemals einer Partei angehörte: Erich Wende, Carl Heinrich Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959. Guido Müller, Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik (1908–1930), Köln, Weimar, Wien 1991 (= Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik, Bd. 2). Ders. (Hg.), Internationale Wissenschaft und nationale Bildung. Ausgewählte Schriften von Carl Heinrich Becker (1876–1933), Köln 1997 (= Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 64).

¹³Auf dem Studententag v. 15.–19. Juli 1927 in Würzburg. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 285. Jarausch, Studenten (wie Anm. 3), S. 147. Pöppinghege, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 144 f. Vgl. Paul Rauscher, Das volksdeutsche Prinzip und die Ostmärker, in: BBl 43/4 (1929), S. 77–78. Siehe schon: Edgar Stelzner, Der großdeutsche Gedanke und die Deutsche Studentenschaft, in: BBl 40/12 (1926), S. 382–388.

¹⁴Die Kultusminister der Länder entschieden 1922, Mitglieder der einzelnen Studentenschaften „sind alle reichsdeutschen vollimmatrikulierten Studierenden ohne jeden Unterschied. Auslandsdeutsche werden ohne Bindung an Rasse und Konfession nach näheren Bestimmungen der Landesregierungen aufgenommen.“ Schreiben des Staatssekretärs im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 20. Dezember 1922 über die Beschlüsse der Hochschulkonferenz in Stralsund v. 23. September 1922, in: BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 221, Verfassungskonflikt, 1922. Volkmann, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 307.

Studentenschaften ein Abgehen von ihrem auf volksbürgerlichen Grundlagen beruhenden Aufbau nicht möglich ist.“¹⁵

Statt auf den Boden der Rechtsstaatlichkeit führte der Vorstoß des Ministers vielmehr „von der Beschränkung auf die Pflege der völkischen Gesinnung fort zum politischen Aktivismus“ der Studenten und der Korporationsverbände – ihnen wurde nun auch äußerlich der „völkische“ Zug“ eigen, wie es der Zeitgenosse Justus Wilhelm Hedemann ausdrückte¹⁶ –, der zuerst Mitte Juli 1927 auf dem 10. Deutschen Studententag in Würzburg fühlbar wurde und der gekennzeichnet war „durch die Ablehnung des Beckerschen Drucks“.¹⁷ Diese zunehmende Radikalisierung wurde nach dem Würzburger Studententag als „Kampfstadium verewigt und in weiten Kreisen die Bahn frei für die vorwärtsdrängenden Mächte“, vor allem die NSDAP und ihre Hochschulgruppen.¹⁸

Nachdem die DSt zu einer Änderung ihrer Haltung nicht bereit war, oktroyierte der der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) nahestehende Kultusminister Becker Ende September 1927 ein neues Studentenrecht auf dem Verordnungswege. Zugleich ordnete er eine Abstimmung der Studenten darüber an, was sich als Fehler erwies, da „die nationalen Elemente innerhalb der Studentenschaft eine unerhörte Hetzkampagne gegen das Kultusministerium ankurbelten“.¹⁹ Die Abstimmung fand am 30. November 1927 statt. Bei einer Wahlbeteiligung zwischen 80 und 90 % sprachen sich 74 % der Studenten gegen Beckers Verordnung aus: „Die Studentenschaft hat auf der ganzen Linie gesiegt.“²⁰ Aber das Ergebnis schien sich mehr und mehr als ein Scheinsieg der Studentenschaft zu erweisen. Nach heftigen

¹⁵Paul Frank, Im Kampf um die Deutsche Studentenschaft, in: BBl 41/5 (1927), S. 140–142. Ders., Die neue Lage im preußischen Studentenrecht, in: Burschenschaftliche Rundschau. Beiblatt zu den „Burschenschaftlichen Blättern“ (künftig zit.: BR), Nr. 6 (März 1927), S. 105–108. Erich Führer, Großdeutsche oder kleindeutsche Studentenschaft? Zur Frage des Studentenrechts, in: BBl 41/5 (1927), S. 142–144. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 287 f. Bleuel, Klinnert, Studenten (wie Anm. 3), S. 157–162. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 47. Peter Spitznagel, Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg 1927–1933, Diss. phil. Würzburg 1974, S. 43 f. Ders., Die Machtergreifung der Nationalsozialisten an der Universität Würzburg und die Rolle der studentischen Korporationen, in: Christian Probst (Hg.), Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, Bd. 11, Heidelberg 1981, S. 159–193, hier S. 162.

¹⁶Justus Wilhelm Hedemann, Die geistigen Strömungen in der heutigen deutschen Studentenschaft, in: Michael Doeberl u. a. (Hg.), Das akademische Deutschland, Bd. 3: Die deutschen Hochschulen in ihren Beziehungen zur Gegenwartskultur, Berlin 1930, S. 385–398, hier S. 395 f.

¹⁷Walter Schmadel, Der 10. Deutsche Studententag in Würzburg, in: BBl 41/13 (1927), S. 224–226. Paul Frank, Die derzeitige Lage im preußischen Verfassungskampf, in: BBl 41/8 (1927), S. 184. Edgar Stelzner, Deutsche Studentenschaft, in: BR, Nr. 16 (September 1927), S. 228–233. Jarausch, Studenten (wie Anm. 3), S. 148.

¹⁸Friedrich Schulze, Paul Ssymank, Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, 1. Aufl. München 1910, 4. Aufl. 1932 (Nachdruck Schernfeld 1991), S. 471. Daran anschließend Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 290 und Manfred Franze, Die Erlanger Studentenschaft 1918–1945, Würzburg 1972 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Reihe IX: Forschungen zur fränkischen Geschichte, Bd. 30) (Nachdruck 1993), S. 169.

¹⁹Deutsche Studentenschaft (Hg.), Das Studentenrecht, o. O. o. J. (Berlin-Charlottenburg 1927). Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 291 f.

²⁰Einzig die 33 Studenten zählende Katholisch-Theologische Fakultät in Braunsberg stimmte für Becker. Edgar Stelzner, Nachklang und Ausblick zur Hochschulpolitik, in: BBl 42/4 (1927), S. 80–82. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 293. Vgl. Schulze, Ssymank, Studententum (wie Anm. 18), S. 490. Jarausch, Studenten (wie Anm. 3), S. 148 f., 162. Pöppinghege, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 148 f. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 157, 165 f. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 45. Michael Stephen Steinberg, Sabers and Brown Shirts. The German Students' Path to National-Socialism 1918–1935, 2. Aufl. Chicago, London 1977, S. 69.

Auseinandersetzungen im Landtag nahm der Kultusminister im Gegenzug der DSt nämlich die staatliche Anerkennung, was den Wegfall aller finanziellen Beiträge bedeutete und für die DSt die Existenzfrage stellte. Aus der Rostocker Studentenschaft hieß es dazu: „Als jedoch im Jahre 1927 das preussische Kultusministerium versuchte, den grossdeutschen Aufbau der Studentenschaft zu zerschlagen und ihr das volle Selbstbestimmungsrecht zu nehmen, da flammte an allen preussischen Hochschulen die Empörung auf. Eine solche Unterordnung unter einen politisch gebundenen und nur der Partei verpflichteten Minister bedeutete für sie die Aufgabe ihres eigentlichen Wesens. Lieber wollte die Deutsche Studentenschaft damals im Dunkel ein kümmerliches Dasein fristen, als von der Gnade eines Parteimannes ein glänzendes Leben führen.“²¹ Becker schrieb zusammenfassend: „Die studentische Selbstverwaltung hat aufgehört.“²²

Studentenschaften auf alter Grundlage bestanden nur noch in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg, Bayern und Württemberg, eingeschränkt auch in Thüringen.²³ Die DSt bildete jedoch nach Verhandlungen mit den Verbänden am 19. Dezember 1927 und 12. Februar 1928 die Allgemeinen oder Freien Studentenschaften auf freiwilliger Beitragsgrundlage, die „den Anspruch auf Allgemeinvertretung rechtlich und tatsächlich durchsetzen“ sollten.²⁴ So blieb die DSt auch nach 1927 die in der Studentenschaft führende Kraft und wurde in diesem Sinne auch von der Öffentlichkeit eingeschätzt.²⁵ Ein Kompromiß zwischen Studentenschaften und Ministerien – angestrebt auf dem Studententag 1928 in Danzig – war nicht vermittelbar: „Im Grunde ist jeder unbefriedigt aus Danzig geschieden.“²⁶ An den meisten Hochschulen waren Regierung und Studenten nach dem Zerbrechen des stärksten Bandes, daß Studentenschaft und Republik formell noch verband, nunmehr endgültig entzweit. Es wurde zwar noch verhandelt, Bewegung war jedoch nicht spürbar. Niemand war jetzt noch zu Kompromissen bereit.²⁷

... und Aufstieg des NS-Studentenbunds

²¹BAK, Bestd. DB 9: DB-Archiv, N.: Karl Krüger, Denkschrift (wie Anm. 3), S. 1. Siehe auch: Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn, München, Wien, Zürich 1995, S. 27. Pöppinghege, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 150. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 157, 166. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 45. – Zu den Auseinandersetzungen im preußischen Landtag am 7. Dezember 1927 und der Anfrage des DNVP-Abgeordneten Oberstudiendirektor Fritz Oelze (Salingia Halle/DB) aus Bunzlau: Adolf Neß, Großdeutsch und Wehrhaft. Wollen und Wirken der Deutschen Burschenschaft 1918–1938, Berlin 1939, S. 43 f.

²²Wende, Carl Heinrich Becker (wie Anm. 12), S. 263.

²³Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 296, 298. Jarausch, Studenten (wie Anm. 3), S. 149.

²⁴Gerhard Bergmann, Die freien preußischen Studentenschaften nach 1927, in: DC 14 (1963), S. 193–202. Neß, Großdeutsch (wie Anm. 21), S. 46 f. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 295 f. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 27. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 157 f. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 46. Steinberg, Sabers (wie Anm. 20), S. 578 f.

²⁵Schulze, Ssymank, Studententum (wie Anm. 18), S. 491. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 183–233.

²⁶Edgar Stelzner, Der Danziger Studententag, in: BBl 42/15 (1928), S. 195–197. BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 45, Protokolle der Studententage, Danzig 1928. Vgl. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 209 f.

²⁷Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 294. Bleuel, Klinnert, Studenten (wie Anm. 3), S. 162. Jarausch, Studenten (wie Anm. 3), S. 148.

Mit der Krise der DSt einher ging das Erstarken des als Vertretung der NSDAP an den Hochschulen 1926 entstandenen Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB), der in den Studentenparlamenten stetig an Boden gewann.²⁸ Schon Mitte 1930 schrieb die „Deutsche Sängerschaft“: „Bei jeder Asta- oder Kammerwahl vermögen die Nationalsozialisten Boden zu gewinnen und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in kürzester Frist die Mehrheit der Jungakademikerschaft und auch die Mehrheit der Mitglieder der Verbände sich zur Idee des Nationalsozialismus bekennt.“²⁹ Das schien sich zu bewahrheiten: Der NSDStB stellte ab Sommer 1931 auf dem 14. Deutschen Studententag in Graz die Mehrheit der DSt und mit Walter Lienau (Isaria München/KSCV) deren Vorsitzenden,³⁰ führte noch vor der „Machtergreifung“ auf dem Königsberger 15. Studententag 1932 das Führerprinzip mit 90 % der Stimmen ein³¹ und erlangte mit Reichsgesetz vom 22. April 1933 sowie durch die DSt-

²⁸Am 8. Dezember 1925 bzw. 20. Februar 1926 wurde der NS[D]StB in Leipzig bzw. München vom nichtkorporierten und „ausgesprochene[n] Gegner der Korporationsstudenten“ Wilhelm Tempel und Helmut Podlich als politische Hochschulgruppe der NSDAP gegründet. Der erste „Reichsführertag“ fand in Leipzig am 28./29. Mai 1927 statt. Bereits im WS 1930/31 beherrschte der NSDStB die Allgemeinen Studentenausschüsse in Berlin (TH), Breslau, Erlangen (schon 1929), Gießen, Greifswald und Rostock. Grundlegend: Anselm Faust, *Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Düsseldorf 1973. Ders., *Die „Eroberung“ der Deutschen Studentenschaft durch den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) 1926–1933*, in: *EuJ* 20 (1977), S. 49–59. Geoffrey J. Giles, *The National Socialist Student's Association in Hamburg 1926–1945*, Diss. phil. Cambridge 1975. Ders., *Der NS-Studentenbund und der Geist der studentischen Korporationen*, in: *BBl* 91/7 (1976), S. 183–188. Ders., *The Rise of National Socialist Student's Association and the Failure of Political Education in the Third Reich*, in: Peter D. Stachura (Hg.), *The Shaping of the Nazi State*, London, New York 1978, S. 160–185. Ders., *Die Verbändepolitik des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes*, in: Christian Probst (Hg.), *Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert*, Bd. 11, Heidelberg 1981, S. 97–157. Ders., *Students and National Socialism in Germany*, Princeton 1985. Michael H. Kater, *Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Strasser*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 22 (1974), S. 148–190. Ders., *Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik*, Hamburg 1975 (= *Historische Perspektiven*, Bd. 1), S. 111 f., 173 f. Michael Wortmann, *Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund an der Universität Köln (1927–1933)*, in: *Geschichte in Köln* 8 (1980), S. 101–118. Hans Peter Hümmel, *Erlangen – ein frühes Zentrum des NS-Studentenbundes*, in: *EuJ* 45 (2000), S. 177–214. Harald Lönnecker, *Die Versammlung der „besseren Nationalsozialisten“? Der Völkische Waffenring zwischen Antisemitismus und korporativem Elitarismus*, in: *EuJ* 48 (2003), S. 227–245, 252–281, hier S. 242, 244–245. Grüttnert, *Studenten* (wie Anm. 21), S. 19–31. Schulze, *Ssymank, Studententum* (wie Anm. 18), S. 477. Zorn, *Entwicklung* (wie Anm. 3), S. 285 f. Bleuel, *Klinnert, Studenten* (wie Anm. 3), S. 111 f., 205 f., 215, 217, 231 f. Jaraus, *Studenten* (wie Anm. 3), S. 152 f., 158 f. Brunck, *Burschenschaft* (wie Anm. 3), S. 193, 199–202, 225, 240–241. Franze, *Studentenschaft* (wie Anm. 18), S. 170. Pöppinghege, *Studentenschaft* (wie Anm. 3), S. 170 f. Schröder, *Studenten* (wie Anm. 3), S. 33 f., 51–64. Zinn, *Studentenschaft* (wie Anm. 11), S. 141 f. Golücke, *Studentenwörterbuch* (wie Anm. 3), S. 319 f.

²⁹Deutsche Sängerschaft. Gegr. 1895 als Akademische Sängerszeitung (künftig zit.: DS) 6 (1930), S. 219.

³⁰17.–21. Juli 1931. Der endgültige Vorstand bestand aus drei NSDStB-Mitgliedern, von denen einer ein ehemaliges Mitglied des katholischen Cartellverbands (CV) war und einer dem Weinheimer Senioren-Convent (WSC) angehörte. BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 48, Protokolle der Studententage, Graz 1931. Das Protokoll befindet sich nicht dort, dafür aber Berichte und Zeitungsausschnitte. Theodor v. Kohary, *Der Grazer Studententag*, in: *BBl* 45/12 (1931), S. 292–295. Faust, *Eroberung* (wie Anm. 28), S. 49 f. Ders., *NSDStB 2* (wie Anm. 28), S. 17–22, 39 f. Giles, *Verbändepolitik* (wie Anm. 28), S. 107. Schulze, *Ssymank, Studententum* (wie Anm. 18), S. 477, 491. Zorn, *Entwicklung* (wie Anm. 3), S. 305 f. Jaraus, *Studenten* (wie Anm. 3), S. 152. Grüttnert, *Studenten* (wie Anm. 21), S. 19 f., 35. Brunck, *Burschenschaft* (wie Anm. 3), S. 232, 243, 245. Pöppinghege, *Studentenschaft* (wie Anm. 3), S. 171. Zinn, *Studentenschaft* (wie Anm. 11), S. 143, 280. Schröder, *Studenten* (wie Anm. 3), S. 61.

³¹Das Führerprinzip erhöhte den Einfluß der DSt-Führung auf die Wirtschaftsgremien der Studentenwerke und auf die Relegationen ermöglichende studentische Disziplinargerichtsbarkeit. BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 49, Protokolle der Studententage, Königsberg 1932. Fritz Hilgenstock, *Studententag in Königsberg*, in:

Verfassung vom 7. Februar 1934 unter Aufgabe des Staatsangehörigkeits- und Bestätigung des „Volkstumsprinzips“ sowie des „Führergrundsatzes“ wieder die offizielle staatliche Anerkennung der DSt als Vertretung der Studentenschaft.³² Damit war „ein langjähriger hochschulpolitischer Kampf beendet“.³³

Der Studentenbund verstand sich als die „einzige von Adolf Hitler anerkannte Kampfgemeinschaft von Nationalsozialisten auf den Hochschulen“ und fiel vorrangig durch seinen ungehemmten Aktivismus und Aktionismus – Demonstrationen, Versammlungen, Sprechabende, Flugblattaktionen usw. – auf. Sein Weltbild war auf vielen Gebieten mit dem der Korporationen identisch oder doch zumindest nahe verwandt, wobei totalitäre, egalitäre und antibürgerliche Zielsetzungen die größten Unterschiede bildeten. Andererseits standen in der Programmatik des NSDStB antisemitische, antimarxistische, antiparlamentarische und antirationalistische Tendenzen im Vordergrund, pflegte er den Führerglauben und die Sehnsucht nach einem „starken Staat“, der auch in den Korporationen Befürwortung fand, auch wenn darunter etwas anderes verstanden wurde. Trotzdem gab es „keine politische Unterwerfung“ der Korporationen, zumal die oft aus unterbürgerlichen Schichten stammenden nationalsozialistischen Studenten größte Mängel im persönlichen Verhalten aufwiesen, ihre Äußerungen kaum akademischem Niveau entsprachen, ihre Studienleistungen oft sehr zu wünschen übrig ließen und sie die Konventionen des traditionellen akademischen Lebens kaum beherrschten. Das Elite-, Traditions- und Eigenständigkeitsbewußtsein der Korporierten wie ihr „Fundament aus Intellekt und Bildung“ sprachen eindeutig gegen die Studentenbündler. Dagegen wurde das neue, aktivistische Nationalbewußtsein des Nationalsozialismus, seine dem Krisenbewußtsein der Hochschüler entsprechende militante Dynamik und Beweglichkeit, ausdrücklich gewürdigt. Nicht zu unterschätzen war auch, daß er, allerdings mehr aus taktischen Gründen, für die völlige Straffreiheit der Mensur eintrat. Die waffenstudentischen Verbände bejahten folglich „den Nationalsozialismus als wesentlichen Teil der völkischen Freiheitsbewegung“. Jeder „fähige Akademiker“ könne „sich dieser Bewegung anschließen“. Aber seine Vertretung an den Hochschulen, den Studentenbund „mit seiner gegenwärtigen Betätigung und unter seiner gegenwärtigen Führung“, sahen sie nicht „als Faktor einer gedeihlichen Zusammenarbeit“ an.³⁴ Weniger weltanschauliche als Machtfragen in der

BBl 46/11 (1932), S. 260–261. Landsmannschafter-Zeitung. Zeitschrift der Deutschen Landsmannschaft (Cob. L.C.) (künftig zit.: LZ) 46/7 (1932), S. 108. Bleuel, Klinnert, Studenten (wie Anm. 3), S. 227. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 263 f. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 110. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 54. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 69.

³²Neß, Großdeutsch (wie Anm. 21), S. 47 f. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 309–311. Golücke, Studentenwörterbuch (wie Anm. 3), S. 117. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 112 f. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 303 f. Spitznagel, Machtergreifung (wie Anm. 15), S. 178, 183.

³³Hanns Güthling, Der Kampf ist beendet, in: DS 3 (1933), S. 121–125. Vgl. Pöppinghege, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 174.

³⁴[Harald] L[aeuen]., Burschentag 1932, in: BBl 46/9 (1932), S. 195–198. Schulze, Ssymank, Studententum (wie Anm. 18), S. 471. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 37. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 98 f., 102. Bleuel, Klinnert, Studenten (wie Anm. 3), S. 217. Pöppinghege, Studentenschaft (wie Anm. 3), S. 173 f. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 220, 280. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 61, 65 f., 69, 85, 278–279. Faust, NSDStB 2 (wie Anm. 28), S. 36, 137. Jaraus, Studenten (wie Anm. 3), S. 157, 162. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 6, 201, 242 f. Spitznagel, Machtergreifung (wie Anm. 15), S. 164, 166. Horst Bernhardt, Die Göttinger Burschenschaft 1933 bis 1945. Ein Beitrag zur studentischen Geschichte in der nationalsozialistischen Zeit, in: Paul Wentzcke (Hg.), Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen

Studentenschaft bzw. den Studentenausschüssen berührten also die Korporationen und Zustimmung zum Nationalsozialismus war durchaus mit Abneigung gegen den Studentenbund vereinbar.

Auf dem 13. Deutschen Studententag 1930 in Breslau trat der NSDStB „wenn auch nicht entscheidend, so doch erstmalig als zu beachtender Hochschulfaktor in Erscheinung“ und in den Gesichtskreis der Korporationen: „Trotzdem besonders die Nationalsozialisten überall ihre politische Anschauung zu vertreten suchten, arteten die Plenarsitzungen nie in einen politischen Streit aus. Das Gefühl, daß die DSt. unbedingt zusammenhalten müsse, war viel zu stark, so daß alle Bestrebungen, die Studentenschaft in einen verantwortungslosen Radikalismus zu treiben, scheiterten.“³⁵ Im Frühjahr 1931 wurde zwischen den studentischen Verbänden und dem Studentenbund in Erfurt ein Abkommen geschlossen, wonach die Verbände ihren Angehörigen nicht verbieten konnten, den NSDStB bei AStA-Wahlen zu wählen und der Studentenbund seinerseits die ADW-Ehrenordnung³⁶ als für sich verbindlich anerkannte. Wesentlicher war jedoch, daß der Allgemeine Deutsche Waffenring (ADW), der Zusammenschluß der schlagenden Verbände,³⁷ den NSDStB als „gleichberechtigt“ akzeptierte.³⁸ Damit war er von den Verbänden offiziell anerkannt worden. Ein Jahr später, zum Grazer Studententag, waren alle wichtigen Positionen in der DSt mit Angehörigen des NSDStB besetzt.³⁹ Nach Meinung des Leipziger Studentenpfarrers Gerhard Kunze (St. Pauli Jena, St. Pauli Leipzig/DS) war damit „dem Nationalsozialismus eine Gelegenheit politischer Bewährung gegeben worden“. Die Formulierung verschleierte die immer mehr voranschreitende Entmachtung der Verbände und beruhte auf dem Glauben, der Studentenbund stehe „auf dem Boden ehrlicher Zusammenarbeit“, werde seine Zusagen einhalten und die Regularien der DSt-Verfassung achten.⁴⁰

Der Kampf zwischen Verbänden und Studentenbund

Etlliche DSt-Funktionäre und Nicht-NSDStB-Mitglieder – vor allem Fritz Butschek (Ghibellinen Wien, Cimbria Köln/DS), DSt-„Kreisleiter VIII Deutschösterreich“ – wehrten sich vehement gegen die Übernahme aller wichtigen Ämter in der DSt durch NSDStB-Mitglieder, erreichten jedoch nichts. In ihren Augen betrieb die DSt nur noch

Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, Bd. 1, Heidelberg 1957, S. 205–247, hier S. 245 f. Vgl. Fritz Hippler, Akademische Sitte und Ordnung, in: LZ 46/7 (1932), S. 101–102.

³⁵BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 47, Protokolle der Studententage, Breslau 1930.

³⁶Vgl. H[ans]. Richter, Eine Ehrenordnung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, in: BBl 45/1 (1930), S. 19–20.

³⁷Gerhard Bergmann, Wilhelm Teutloff, Der Allgemeine Deutsche Waffenring (ADW). Beiträge zur Geschichte des ADW, o. O. o. J. (Stuttgart 1968) (= Historia Academica des Coburger Convents der akademischen Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen. Schriftenreihe des CC/AHCC in Verbindung mit der Studentengeschichtlichen Vereinigung des CC, Bd. 6–7). Wilhelm Teutloff, Die Geschichte des „Allgemeinen Deutschen Waffenrings“, in: DC 10 (1959), S. 169–176.

³⁸Allgemeiner Deutscher Waffenring (Hg.), Niederschrift über die Verhandlungen des ordentlichen Waffenstudententages am 24. und 25. Januar 1931 zu Erfurt, o. O. [Frankfurt a. M.] 1931. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 304 f. Jaraus, Studenten (wie Anm. 3), S. 160. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 246 f.

³⁹BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 48, Protokolle der Studententage, Graz 1931. Zorn, Entwicklung (wie Anm. 3), S. 305 f. Faust, NSDStB 2 (wie Anm. 28), S. 17 f. Jaraus, Studenten (wie Anm. 3), S. 159–162.

⁴⁰Gerhard Kunze, Akademiker-Tagungen des Jahres [1931], in: DS 5 (1931), S. 225–231, hier S. 230.

„Hochschulpolitik im Schlepptau des NSDStB., um Ministersessel zu erreichen“. Der Studentenbund wolle nur die „Alleinherrschaft in der D.St.“ verteidigen, zumal er ab Ende 1931 in mehreren Studentenschaften Stimmenverluste hinnehmen mußte.⁴¹ Eine weitere Zusammenarbeit „scheiterte an den tiefen Wesensunterschieden zwischen Verbänden und NSDStB“, dem „Prinzip des Verbindungsstudenten, ein spezifisch demokratisches, das den Aufbau der D.St. seit der Gründung bestimmte, und ein ausgeprägt politisches Prinzip, ... das auf dem Führergedanken beruht“.⁴² Nach Meinung der Korporationen wurde wie 1927 „wiederum der Versuch gemacht, die Freiheit der studentischen Selbstverwaltung zu untergraben. Auf dem 15. Deutschen Studententag in Königsberg im Juli 1932 wurde auf Antrag der nationalsozialistischen Führung der Deutschen Studentenschaft der Beschluss angenommen, eine neue Verfassung in den einzelnen Studentenschaften durchzuführen, die auf dem ‚absoluten Führerprinzip‘ beruhen sollte. Dieses absolute Führerprinzip ... müssen wir rundweg ablehnen. ... Von diesem Problem ganz abgesehen, bedeutet heute die Annahme einer derartigen Verfassung ausserdem die Unterstellung der gesamten deutschen Studentenschaft unter die Diktatur der nationalsozialistischen Führung. Dann wäre aber der Kampf an den preussischen Hochschulen im Jahre 1927 vergeblich geführt worden. Denn damals galt es ebenso den Machteinfluss einer Parteigruppe auf den Hochschulen zu brechen wie heute.“⁴³

Auf der anderen Seite betrachtete der die alleinige Führung für sich in Anspruch nehmende Studentenbund die Verbände als Hindernisse bei der Durchsetzung dieses Anspruchs und behandelte sie entsprechend: Im Dezember 1931 wurde entgegen einer Absprache zwischen NSDStB und Verbänden nicht ein Köseener Corpsstudent zum DSt-Ältesten gewählt, sondern der gerade wegen Streitigkeiten mit seinem eigenen Verband – dem Köseener – entlassene DSt-Vorsitzende Lienau, der zugleich dem NSDStB angehörte. Wegen dieses Affronts traten die Verbändevertreter aus der DSt-Führung aus, wodurch die Studentenschaft arbeitsunfähig wurde, vor allem auch, weil die Verbände ihre Zahlungen einzustellen drohten. Erst nach dem Rücktritt des DSt-Vorsitzenden kehrten die Vertreter zurück.⁴⁴ Ähnliches wiederholte sich zum Königsberger Studententag im Juli 1932: Das die seit März vom NSDStB beherrschte Führung der DSt den Architekten Dipl.-Ing. Fritz Hilgenstock (Arminia Hannover/DB), Vertreter der Burschenschaften, Walter Kraak, der den Wingolfsbund vertrat, und den die katholischen Verbindungen vertretenden Hanns Gierlichs und Konrad Welte den Zutritt zum Studententag verweigerte, bewog die Betroffenen und einige weitere Amtsträger zum Rücktritt von allen Ämtern. Erst als nach

⁴¹BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 49, Protokolle der Studententage, Königsberg 1932. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 108 f. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 226.

⁴²Hanns Güthling, Die hochschulpolitische Lage um die Jahreswende, in: DS 1 (1933), S. 16–22, hier S. 18. Faust, NSDStB 2 (wie Anm. 28), S. 34 f. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 112. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 265.

⁴³BAK, Bestd. DB 9: DB-Archiv, N.: Karl Krüger, Denkschrift (wie Anm. 3), S. 1–2. Hervorhebung im Original.

⁴⁴Die entsprechenden Gespräche fanden auf dem Waffenstudententag v. 9.–10. Januar 1932 in Goslar statt. BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 29, Protokolle der Waffenstudententage, Goslar 1932. M[ax]. Lindemann, Studentenschaft und Verbände, in: LZ 46/3 (1932), S. 37. Eine ausführliche Darstellung bei: Alfred Thullen, Der Burgkeller zu Jena und die Burschenschaft auf dem Burgkeller von 1933–1945, Jena 1998, S. 154 f.

Verhandlungen alle Verbändevertreter ihre Zulassung erhielten, nahmen auch die Verbände ihre Mitarbeit wieder auf.⁴⁵

Richard Krödel, Mitglied der Leipziger Universitätssängerschaft zu St. Pauli/DS, der in Königsberg wieder in den Vorstand der DSt gewählt wurde,⁴⁶ schrieb 1932 von immer wiederkehrenden Gegensätzen – „vor allem auch persönlicher Art“ – zwischen Korporierten und NSDStB-Mitgliedern, die zum Teil selbst Korporierte waren.⁴⁷ Am 10. März 1932 waren vier DSt-Mitarbeiter großer Verbände – wie zuvor erwähnt – zurückgetreten, was mancher als „den Auszug der Verbände“, das Auseinanderfallen der DSt wertete. Die verbleibende Deutsche Sängerschaft (DS), der Vertreter-Convent (VC) der Turnerschaften und fünf weitere kleinere Verbände erklärten sogleich, daß sie „einig in dem Bekenntnis zu den großen politischen Zielen der DSt.“ stünden und „von einem Ausscheiden der Verbände aus der DSt. keine Rede sein könne“. Der Austritt beruhe lediglich auf „einer im Verlauf sachlicher Auseinandersetzung notwendig gewordenen Niederlegung ihrer Ämter“, aus der die Zurückgetretenen „in unverantwortlicher Weise eine Aktion der Verbände gemacht haben“.⁴⁸ Nicht erwähnt wurde in dieser Desavouierung, daß der hochschulpolitische

⁴⁵BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 49, Protokolle der Studententage, Königsberg 1932. Hanns Güthling, Die Deutsche Studentenschaft (DSt) und die Korporationsverbände, in: DS 6 (1932), S. 225–229, hier S. 227. Wolf Herre, Hochschulpolitische Arbeitsgemeinschaft studentischer Verbände, in: DS 7 (1932), S. 260–262, hier S. 260. Fritz Hilgenstock, Die Deutsche Studentenschaft, studentische Verbände und Nationalsozialistischer Studentenbund, in: BBl 46/4 (1932), S. 73–74. Ders., Burschenschafter, schließt die Reihen!, in: BBl 46/7 (1932), S. 155–157. Ders., Studententag in Königsberg, in: BBl 46/11 (1932), S. 260–261. Wollmann, Der Deutsche Studententag in Königsberg, in: LZ 46/8 (1932), S. 113–114. LZ 46/7 (1932), S. 108. Vgl. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 263 f. Thullen, Burgkeller (wie Anm. 44), S. 160 f. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 110 f. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 54. Jarausch, Studenten (wie Anm. 3), S. 161. Bleuel, Klinnert, Studenten (wie Anm. 3), S. 227. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 65.

⁴⁶Der 1904 geborene Krödel, Sohn eines Leipziger Pauliners, Zögling des Königlich Sächsischen Kadettenkorps und Dresdner Kreuzschüler, studierte 1929–1932 Jura. 1930/31 war er Vorsitzender der DSt Leipzig, 1932/33 DS-Hauptausschuß-Mitglied, 1932–1934 Ältester der DSt, seit Februar 1932 DS-Vertreter bei der DSt, seit März 1932 gehörte er dem DSt-Vorstand als „Vorsitzender der Langemarck-Spende der DSt“ an. Krödel war Mitglied der Leipziger Studentengemeinschaft des Stahlhelms, deren Führung er 1933 übernahm. 1934–1944 wirkte er als Leiter des Studentenerwerks Leipzig, 1939–1945 Luftwaffenoffizier, 1950 Flucht aus der DDR. Seit 1952 leitete er das Sammellager für Ausländer in Nürnberg, später Zirndorf, und war Abteilungsleiter im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. 1963 berief ihn der Sängerschaftertag in den Hauptausschuß und zum DS-Schatzmeister. BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 49, Protokolle der Studententage, Königsberg 1932. Ebd., Nr. 72, Schriftwechsel der Deutschen Studentenschaft mit ihren Amtsträgern, Richard Krödel, 1932. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 109, gibt an, Krödel wäre selbst sehr NSDStB-freundlich gewesen. Indirekt ebenso: Thullen, Burgkeller (wie Anm. 44), S. 157. Zu Krödels Person: DS 4 (1963), S. 15.

⁴⁷Der dritte DSt-Vorsitzende Harald Askevold war auch Inaktiver des Corps Alemannia Karlsruhe im WSC. 1932 wurde der DSt-Vorstand vom NSDStB, dem Vertreter-Convent (VC) der Turnerschaften und dem Akademischen Turnbund (ATB) gestellt. Beide Verbände galten als „nationalsozialistisch geführt“, da ihre Vorstände zugleich dem NSDStB angehörten. BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 72, Schriftwechsel Krödel (wie Anm. 46), 1932. Kunze, Akademiker-Tagungen (wie Anm. 40), S. 230. Güthling, DSt (wie Anm. 45), S. 228. Bergmann, Teutloff, ADW (wie Anm. 37), S. 156. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 109.

⁴⁸DS und VC erklärten: „Die unterzeichnenden studentischen Verbände stellen fest, daß die in der Presse erschienene Meldung über den Auszug der Korporationen aus der Deutschen Studentenschaft nicht den Tatsachen entspricht. Diese Meldung ist dadurch zustande gekommen, daß 4 Herren, die zufällig Korporationsangehörige sind, aus einer im Verlauf sachlicher Auseinandersetzung notwendig gewordenen Niederlegung ihrer Ämter in unverantwortlicher Weise eine Aktion der Verbände gemacht haben. Die studentischen Verbände wenden sich gegen die Auffassung, über ihren Kopf hinweg Entscheidungen zu treffen, ganz besonders deshalb mit aller Entschiedenheit, weil sie sich nach wie vor zur Deutschen Studentenschaft bekennen.“ BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 72, Schriftwechsel Krödel (wie Anm. 46), 1932.

Referent des VC zuvor mit dem NSDStB verhandelte, dem es seinerseits auf einen Bruch in der DSt und zwischen den Verbänden ankam, weil ein solcher den Einfluß des Studentenbundes nur ausweiten konnte. Zu unterschätzen ist daneben auch nicht die Absicht der verbliebenen und des DS-Vertreters Krödel, die Unabhängigkeit der kleineren Verbände gegenüber den großen, vorrangig den hochschulpolitisch dominierenden Burschenschaften und Corps, zu betonen und öffentlich zu demonstrieren, in deren Schatten sie bisher stets standen und denen der Studentenbund nun so nachhaltig zusetzte. Schließlich wollte Krödel gegenüber dem Gegner „Systemstaat“ Einigkeit demonstrieren, nahm dem Boykott der nationalsozialistisch beherrschten DSt durch die Verbände aber auch seine Wirkung. Martin Pabst spricht in diesem Zusammenhang von einer faktischen „Solidaritätserklärung“ der verbliebenen Verbände „zugunsten des NS-Studentenbundes“.⁴⁹

Die Verbände und ihre Führungen sahen ihren Einfluß in der DSt schwinden und suchten ihn durch den von ihnen im März 1932 gegründeten „Studentischen Verbändedienst“ über die örtlichen Studentenschaften zurückzugewinnen.⁵⁰ Dies war eines der beherrschenden Themen der ADW-Waffenstudententage Anfang und Ende 1932 in Goslar.⁵¹ Dabei war der wichtigste Streitpunkt zwischen Studentenbund und Verbänden, ob sich korporierte, auf der Studentenbunds-Liste gewählte NSDStB-Mitglieder in Zweifelsfällen an die Vorgaben des Studentenbundes oder an die ihrer Convente halten sollten. Dies war insofern wichtig, als im Juli 1931 bei den DSt-Kammerwahlen von vierzig NSDStB-Kandidaten 29 einer Korporation angehörten und die Verbände den Studentenbund theoretisch „lahmlegen“ konnten. Der NSDStB steckte zurück und anerkannte eine „Richtlinienkompetenz“ der einzelnen Korporation gegenüber ihren Mitgliedern: „Aktive Angehörige der ... Verbände unterstehen in ihren studentischen Verpflichtungen der Beschlußfassung ihrer Konvente.“ Allerdings hielt diese Übereinkunft nur wenige Wochen, so daß im Sommersemester 1932 in Marburg wieder verhandelt wurde. Wieder mußte der NSDStB nachgeben und sogar für „den Fall des Ausscheidens eines Korporationsstudenten“ zugestehen, „einen Angehörigen des betreffenden Verbandes“ als Nachfolger zu benennen. Krödel feierte diese Übereinkunft als eindeutigen Sieg der Verbände.⁵²

Seine Freude dauerte ungefähr einen Monat, dann versuchte der NSDStB erneut die volle Kompetenz über seine korporierten Mitglieder zu erlangen und jeden Einfluß der Verbände auszuschließen. Dabei ging es dem Studentenbund ausdrücklich nicht um weltanschauliche Gegensätze, sondern um die Macht in der DSt. Gegen diese

Güthling, DSt (wie Anm. 45), S. 226. M[ax]. Lindemann, Studentenschaft und Verbände, in: LZ 46/5 (1932), S. 65–66. Thullen, Burgkeller (wie Anm. 44), S. 160 f., 163. Vgl. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 36.

⁴⁹Martin Pabst, Couleur und Braunhemd. Deutsche Studenten in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, München 1993, S. 49. Ebenso: Thullen, Burgkeller (wie Anm. 44), S. 163.

⁵⁰Herre, Arbeitsgemeinschaft (wie Anm. 45), S. 260. Güthling, Lage (wie Anm. 42), S. 18. Lindemann, Studentenschaft (wie Anm. 48), S. 66. Kurt Meyer-Rotermund, Der deutsche Verbindungsstudent in der Krise, in: LZ 46/5 (1932), S. 66. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 36 mit Anmerkung 94. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 280–284. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 65.

⁵¹19.–10. Januar und 17.–18. Dezember 1932. DS 1 (1933), S. 22 f. Hans Richter, Waffenstudententag!, in: BBl 47/4 (1933), S. 86–88. Bergmann, Teutloff, ADW (wie Anm. 37), S. 154 f.

⁵²Archiv der Deutschen Sängerschaft, Göttingen (künftig zit.: DS-Archiv), 2.2. 105: Rundschreiben des Vorstandes des VAS, Rundschreiben des Studentischen Verbändedienstes v. 4. Juli 1932. BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 72, Schriftwechsel Krödel (wie Anm. 46), 1932. Vgl. Faust, NSDStB 2 (wie Anm. 28), S. 23. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 284 f. Thullen, Burgkeller (wie Anm. 44), S. 154.

Bestrebungen und den immer wieder formulierten umfassenden Vertretungsanspruch bildete sich aus den Reihen der Verbände Anfang September 1932 in Berlin die „Hochschulpolitische Arbeitsgemeinschaft studentischer Verbände“ (Hopoag; auch: HAG),⁵³ die den Verbändedienst ablöste und in Wien, Graz, Leoben und Innsbruck die Waffenstudenten zur erfolgreich arbeitenden „Völkischen Front“ vereinigte.⁵⁴ Die Hauptinitiative zu dieser „völkischen Opposition“ gegen den „Totalanspruch“ der kaum viertausend nationalsozialistischen Studenten, die zudem noch über keinerlei ehemalige Mitglieder in Form einer Altherrenschaft verfügten, ging von der Deutschen Burschenschaft (DB) aus. Sie stellte noch 1931 „traditionsgemäß“ mit Fritz Hilgenstock einen der drei „DSt-Ältesten“, die anderen gehörten dem Köseener Senioren-Convents-Verband (KSCV) und dem Cartellverband katholischer deutscher Studentenverbindungen (CV) an. Bisher stand dieses „Triumvirat ... für den seit Jahren von den drei Großverbänden des Korporationsstudententums durchgesetzten Anspruch, durch Abrede untereinander die maßgeblichen Ämter und damit die Politik der DSt zu bestimmen“. Auf dem Grazer Studententag ging den „Großverbänden“ dieses Monopol verloren. Aber die Hopoag schien als Mittel zu seiner Wiederherstellung geeignet. Der Hopoag-Vorsitzende Hilgenstock griff die NSDAP als „Rom- und Freimaurerhörig“ an und zählte „zu den schärfsten Gegnern des NSDStB“, der ihn seinerseits „als eisgraue[n], überlebte[n] Hochschulpolitiker“ darstellte, der „die Korporationen gegen den Nationalsozialismus aufzuhetzen“ versuchte.⁵⁵ Die Hopoag verstand sich natürlich anders: Nachdem mit dem

⁵³Herre, Arbeitsgemeinschaft (wie Anm. 45), S. 261 f. DS 1 (1933), S. 25–26. Wolfgang Zorn, Nachtrag zu: Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1918–1931 in DuQ. V, 1965. Ergänzungen und Berichtigungen, in: Christian Probst, Bernhard Diestelkamp, Alexander Scharff, Kurt Stephenson (Hg.), Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, Bd. 9, Heidelberg 1974, S. 233–238, hier S. 238. Bergmann, Teutloff, ADW (wie Anm. 37), S. 155, 156, 157. Bernhardt, Burschenschaft (wie Anm. 34), S. 209. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 184, 225 f. Pabst, Couleur (wie Anm. 49), S. 43. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 36, 37. Neben der Deutschen Burschenschaft beteiligten sich an der Hopoag die Deutsche Landsmannschaft (DL), der Cartellverband (CV) der katholischen deutschen Studentenverbindungen, der Kartellverband (KV) katholischer deutscher Studentenvereine und die Deutschnationale Studentenschaft, die Hochschulgruppe der Deutschnationalen Volkspartei, sowie der im Mai 1927 mit Unterstützung der DB gegründete Stahlhelm-Studentenring Langemarck. Im Oktober 1932 umfaßte die Hopoag neunzehn Verbände mit 73.000 aktiven Studenten und 168.000 Alten Herren. Ihre Finanzierung lief vor allem über den Hochschulpolitischen Ausschuß der Deutschen Burschenschaft. BAK, Bestd. DB 9: DB-Archiv, B. IV. Hauptkasse, 1933. Güthling, Lage (wie Anm. 42), S. 18. Vgl. Golücke, Studentenwörterbuch (wie Anm. 3), S. 117.

⁵⁴DS-Archiv, 2.2. 106: Rundschreiben der Hochschulpolitischen Arbeitsgemeinschaft (Hopoag) studentischer Verbände, Rundschreiben v. 3. September 1932. Herre, Arbeitsgemeinschaft (wie Anm. 45), S. 261. Güthling, Lage (wie Anm. 42), S. 18. Jaraus, Studenten (wie Anm. 3), S. 161. Pabst, Couleur (wie Anm. 49), S. 49. Die Völkische Front ging aber bald zur Zusammenarbeit mit dem NSDStB über, vor allem mittels Wahlbündnissen gegen die katholischen Korporationen in den einzelnen Studentenschaften. Michael Gehler, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938, Innsbruck 1990 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6), S. 298, 301 f.

⁵⁵DS-Archiv, 2.2. 106: Hopoag (wie Anm. 54), Rundschreiben v. 3. September 1932. Ebd., Rundschreiben Nr. 2 v. 1. November 1932. BBl 46/6 (1932), S. 139–140. BAK, Bestd. DB 9: DB-Archiv, VI. Schriftverkehr: Schreiben Dr. Gerhard Krüger v. 30. November 1989 über Fritz (eigentlich: Friedrich Karl Ernst) Hilgenstock (1898–1961): „Es wäre falsch, ihn heute als Gegner des Nationalsozialismus hinzustellen, weil er bemüht war, dem NSDStB die Führung der DSt wieder zu entwinden.“ Hilgenstock war nicht nur Vorsitzender der Hopoag, sondern auch 1922–1923 DSt-Vorsitzender, 1924–1931 DSt-Ältester, seit 1926 Vorsitzender des Hochschulpolitischen Ausschusses der Deutschen Burschenschaft. Hilgenstock war „1925 als Studentenfürer in Hannover maßgeblicher Agitator im Kampf gegen den jüdischen Professor Theodor Lessing“. BAK, Bestd. DB 9: DB-Archiv, M. Burschenschafterlisten. Helge Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen

„Zusammenschluß der studentischen Verbände ein Machtfaktor geschaffen ist, an dem der NSDStB nicht mehr vorbei kann, werden die Voraussetzungen für eine wirklich gute, der Sache dienenden Verständigung gegeben sein“.⁵⁶ Die Anmahnung einer konstruktiven Haltung des Studentenbundes zeigt, daß der totalitäre Charakter des NSDStB immer noch nicht vollständig erkannt, vielleicht erahnt, auf jeden Fall aber unterschätzt wurde – zumal seine Wählerschaft, damit der Wählerkurve der NSDAP folgend, Ende 1932 weiter zurückging. Den Verbänden war der Studentenbund vor allem ein Ärgernis, mehr aber auch nicht. Keinesfalls wurde in der kleinen Gruppe nationalsozialistischer Studenten eine Gefahr gesehen. Vielmehr glaubte man sie eigenen politischen Zielvorstellungen nutzbar machen und auf die eine oder andere Weise in das System der DSt einbauen zu können.

Dabei war die Hopoag keine Einheit. Die DS etwa beteiligte sich an der Hopoag aus zwei Gründen: „waffenstudentische Fragen“ – eine Isolierung in der DSt würde eine solche im ADW nach sich ziehen – und es schien „auf die Dauer für einen so großen Verband, wie die DS. ist, unerträglich, keine Fühlung mit den übrigen großen Verbänden“ zu haben.⁵⁷ DSt-Vertreter Butschek unterstellte den Burschenschaften nicht ganz zu Unrecht, sie wollten nach Hilgenstocks Ablösung durch den NSDStB lediglich „mit Hilfe anderer Verbände eine verlorengegangene Machtstellung“ für sich selbst zurückerobern. Dazu konnten die Sängerschaften nicht die Hand reichen. Die DS habe es nicht nötig, „sich von den Herren der großen Verbände führen zu lassen“. Einen Machtkampf in der DSt konnte sie aber ebenfalls nicht unterstützen. Deshalb schien Zurückhaltung angebracht und eine Beobachtung der Lage ratsam und ausreichend.⁵⁸ Das galt auch für die Initiative der Turnerschaften, die einer NSDStB-freundlichen „Mittelstelle studentischer Verbände“ auf die Beine helfen“ wollten und als Vorsitzenden den keiner Seite verdächtigen Richard Krödel in Aussicht nahmen. Dieser „gab deutlich zu verstehen, daß er keineswegs die Absicht habe, eine andere Haltung als die amtliche der Deutschen Sängerschaft einzunehmen“, und nicht zur Verfügung stehen würde.⁵⁹ Sein Votum gab den Ausschlag für die Haltung der DS. Sie und andere Verbände warteten ab und unternahmen nichts. Die Hopoag wurde im April 1933 formlos aufgelöst, ohne noch besonders in Erscheinung getreten zu sein.⁶⁰ Nur einzelne Mitglieder, etwa Hilgenstock, waren noch in ihrem Sinne tätig. In den Augen der DS erfüllte die Hopoag keine politische Aufgabe.

Burschenschaft, Bd. I: Politiker, Teilbd. 1: A–E, Heidelberg 1996, Teilbd. 2: F–H, Heidelberg 1998, Teilbd. 3: I–L, Heidelberg 1999, Teilbd. 4: M–Q, Heidelberg 2000, Teilbd. 5: R–S, Heidelberg 2002, hier I/2, S. 334–335. Faust, NSDStB 2 (wie Anm. 28), S. 32. Gehler, Studenten (wie Anm. 54), S. 246.

⁵⁶DS-Archiv, 2.2. 106: Hopoag (wie Anm. 54), Rundschreiben v. 3. September 1932. Vgl. Max Droßbach, Hans Hauske (Hg.), Handbuch für den Deutschen Burschenschafter, 6. Aufl. Berlin 1932, S. 227, 240, 316 f.

⁵⁷Richard Krödel, DSt-Bericht zum B[undes-]T[ag] 1933, in: Vertrauliche Mitteilungen. Beilage zur Deutschen Sängerschaft (künftig zit.: VM) 5 (1933), S. 76–81, hier S. 77. Zur Position der DS gegenüber der DSt: VM 4/5 (1932), S. 74 f. Vgl. Hanns Güthling, Zur (formalen) Zielsetzung sängerschaftlicher Hochschulpolitik, in: VM 5 (1932), S. 90. Fritz Butschek, Sängerschaftliche Arbeit in der Deutschen Studentenschaft, in: VM 7 (1932), S. 131–134, hier S. 131 f.

⁵⁸Butschek, Arbeit (wie Anm. 57), S. 133. Krödel, DSt-Bericht (wie Anm. 57), S. 77.

⁵⁹BAK, Bestd. R 129: DSt (wie Anm. 9), Nr. 72, Schriftwechsel Krödel (wie Anm. 46), 1932. Güthling, Lage (wie Anm. 42), S. 19. Bergmann, Teutloff, ADW (wie Anm. 37), S. 157. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 36.

⁶⁰Die verbliebenen Schulden der Hopoag bezahlte die Deutsche Burschenschaft. BAK, Bestd. DB 9: DB-Archiv, B. IV. Hauptkasse, 1933. Faust, NSDStB 2 (wie Anm. 28), S. 124. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 128.

Vielmehr war sie dem Verhältnis der DS „gegenüber den anderen waffenstudentischen Verbänden sehr dienlich“, indem sie ihr zumindest die Möglichkeit der Einflußnahme sicherte, ohne das diese tatsächlich jemals versucht wurde.⁶¹

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbänden einerseits und den Verbänden und dem NSDStB andererseits waren nur teilweise grundsätzlicher Natur. Beide verstanden sich als Teil der „völkischen Bewegung“, weitgehend einig in den Zielen, unterschiedlich in den Methoden, wenn den meisten Korporierten – vor allem den Alten Herren⁶² – auch das Verständnis für eine totalitäre Organisation und die von ihr gestellten Ansprüche fehlte und sie auf die Studentenbündler vielfach als sozial nicht gleichwertig herabsahen. Es ging vielmehr darum, wer die Kontrolle „kleinlicher Vorteile halber“ über die DSt ausüben sollte.⁶³ Für die Burschenschaften agierte vor allem der überaus aktive Hilgenstock, die kleineren Verbände beteiligten sich jedoch wenig, was vor allem durch ihre zahlenmäßige Größe bedingt war. Mit 43 Sängerschaften fiel etwa die DS gegenüber Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften, Turnerschaften und katholischen Korporationen kaum ins Gewicht, wurde von ihnen einfach übergangen und war nur zur Beschaffung von Mehrheiten in – seltenen – Pattsituationen von Interesse. Dies wurde durchaus erkannt und zog Selbstbeschränkung und Enthaltensamkeit nach sich, die zugleich die Gefahr des politischen Überstimmt- und Überhörtwerdens bargen.⁶⁴ Solange jedoch noch einzelne Sängerschafter wie Krödel und Butschek gehört wurden, schien eine abwartende Haltung der DS gegenüber der DSt in der gegenwärtigen Lage ausreichend. Ein Mehr war nicht zu erwarten und zu leisten.

Mancher Korporierte erkannte sehr wohl die grundsätzliche Verschiedenheit von Verbindung und Studentenbund, den Wesensunterschied zwischen dem „Prinzip des Verbindungsstudenten, ein spezifisch demokratisches“, und dem totalitären Prinzip des NSDStB, „das auf dem Führergedanken beruht“.⁶⁵ In den Augen der meisten ging vom Studentenbund jedoch keine oder nur eine geringe Gefahr aus, dies zumal angesichts personeller und weltanschaulicher Überschneidungen sowie seiner nachlassenden Wahlerfolge und dem Verlust nationalsozialistischer Mehrheiten an vielen Hochschulen im Wintersemester 1932/33.⁶⁶ Michael Grüttner zieht den Schluß, daß die Universitäten „keine Hochburgen des Nationalsozialismus mehr“ waren.⁶⁷ Vor weiterem Abstieg bewahrten den NSDStB nicht Wahlen, sondern die Berufung der

⁶¹Krödel, DSt-Bericht (wie Anm. 57), S. 77. Martin Hempel, Das neue Studentenrecht, in: DS 3 (1933), S. 125–128, hier S. 126. Anders: Güthling, Lage (wie Anm. 42), S. 18 f.

⁶²Jaraus, Studenten (wie Anm. 3), S. 157 betont, gerade die Alten Herren hätten dem NSDStB mißtraut. Ebenso: Faust, NSDStB 1 (wie Anm. 28), S. 141 f. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 34. Vgl. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 231. Thullen, Burgkeller (wie Anm. 44), S. 158 f.

⁶³Butschek, Arbeit (wie Anm. 57), S. 131. VM 4/5 (1932), S. 74 f. Vgl. Güthling, Zielsetzung (wie Anm. 57), S. 90. Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 37 f.

⁶⁴DS-Archiv, 1.1.1. 5: Rundschreiben des Bundesvorstandes der DS, Rundschreiben v. 22. Juli 1932. Vgl. Butschek, Arbeit (wie Anm. 57), S. 134.

⁶⁵Siehe Anm. 42. Siehe auch: Nelte, Landsmannschaft und Politik, in: LZ 46/6 (1932), S. 82–83.

⁶⁶DS-Archiv, 2.2. 106: Hopoag (wie Anm. 54), Rundschreiben Nr. 7 v. 22. Februar 1933, S. 3 f. Auch in: BAK, Bestd. DB 9: DB-Archiv, N.: Karl Krüger. Allgemein zum Abflauen der nationalsozialistischen Welle 1932: Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik und das Problem der Kontinuität vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“, in: Jost Dülffer, Bernd Martin, Günter Wollstein (Hg.), Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Frankfurt a. M. 1990, S. 273–289.

⁶⁷Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 54. Vgl. Schröder, Studenten (wie Anm. 3), S. 70, 85, 124.

Regierung Hitler, unter deren Ägide er im Sommersemester 1933 zur studentischen Vormacht im Hochschulbereich aufstieg. Auch Hitler und seine Partei wurden nicht als gefährlich begriffen, im Gegenteil, das Vorgehen gegen den seit Jahrzehnten bekämpften „inneren Feind“ – SPD, KPD, Gewerkschaften usw. – wurde ausdrücklich begrüßt: „Mit Genugtuung stellten wir fest, mit welcher Energie aufgeräumt wurde mit dem Marxismus ...“⁶⁸ Doch hatte der Studentenbund die Kämpfe der vergangenen Jahre nicht vergessen, wie ein entsprechender Artikel im „Völkischen Beobachter“ am 17. August 1933 bewies: „Denn es wird immer die Tatsache bestehen bleiben, daß die Korporationen dank ihrer reaktionären Leitung als solche, weder am Kampf noch am Sieg der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung beteiligt gewesen sind. Diese Situation ist der Ausgangspunkt für jede Beurteilung über das Endschicksal der studentischen Traditionsverbände.“⁶⁹ Hier schwang eine Drohung mit, deren Umsetzung schließlich mit der Auflösung der Verbände im Herbst 1935 erfolgte.⁷⁰

⁶⁸Hellmut Martin, Bericht des Beauftragten [für Gleichschaltung], in: VM 5 (1933), S. 63. Ganz im Sinne Martins die Äußerungen in: DS-Archiv 1.1.1. 4: Protokolle der Bundestage, BT v. 5.–6. Juni 1933, Gemeinsame Sitzung von DS und VAS am 7. Juni 1933. DS-Archiv 2.3. 110: Protokolle verschiedener Leitungsgremien des VAS, Gemeinsame Sitzung von DS und VAS am 7. Juni 1933. Siehe auch: Grüttner, Studenten (wie Anm. 21), S. 287, 291. Zinn, Studentenschaft (wie Anm. 11), S. 316 f.

⁶⁹Der Artikel mit dem Titel „Der Weg der studentischen Korporationen“ ist abgedruckt bei: Harald Seewann, Hochschulpolitik in Graz in den Jahren 1919 bis 1938 und das nationale Korporationsstudententum. Eine Quellensammlung, Graz 1999 (= Schriftenreihe des Steirischen Studentenhistoriker-Vereines, Folge 27), S. 5–8.

⁷⁰DS-Archiv 1.1.1. 8: Rundschreiben bzw. Führerbrief der Nachrichtenstelle der DS, Rundschreiben v. 21. Oktober 1935, Nr. 565. Ebd., Rundschreiben v. 1. November 1935, Nr. 573. DS 6 (1935), S. 189. Hans Glauning, 18. Oktober – 1817 und 1935, in: BBl 50/1 (1935), S. 1–4. Ders., Die Erfüllung, in: BBl 50/2 (1935), S. 29–30. BBl 50/1 (1935), S. 9–10. BBl 50/2 (1935), S. 30–38. Faust, NSDStB 2 (wie Anm. 28), S. 131 f. Giles, Verbändepolitik (wie Anm. 28), S. 140. Brunck, Burschenschaft (wie Anm. 3), S. 351 f. Lönnecker, Versammlung (wie Anm. 28), S. 244–245. Pabst, Couleur (wie Anm. 49), S. 72. Thullen, Burgkeller (wie Anm. 44), S. 640–657. Siehe auch: Das Ende des deutschen Korporationsstudententums, in: Neue Zürcher Zeitung v. 13. November 1935.